

SOWJETZONE

Zur Wirtschaftslage der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Frühjahr 1956

Es gibt jahreszeitlich bedingte Störungen des Wirtschaftsablaufes wie die Einflüsse strengen Frostes auf das Bauwesen und die Binnenschiffahrt oder die Folgen eines ungewöhnlich langen Winters für die Frühjahrsbestellung in der Landwirtschaft, denen sich keine Wirtschaftsordnung ganz oder teilweise entziehen kann. Aber ist es nicht auffallend, daß ausgerechnet in einer totalen Staats-Planwirtschaft wie der der SBZ, in der angeblich die menschliche Vernunft alle positiven und negativen Faktoren einer kommenden Wirtschaftsentwicklung vorausschauen und in einen umfassenden Wirtschaftsplan einbauen kann, derartige Störungen — wie dies nun schon seit Jahren zu beobachten ist — viel krassere Auswirkungen haben als beispielsweise in Westdeutschland? Ist es denn wirklich unmöglich, um nur ein Beispiel zu wählen, genügend Vorräte an Lebensmitteln und Saatgut einzuplanen, um die Versorgungslücke bis zur neuen Ernte reibungslos zu überbrücken und die Frühjahrsaussaat zu sichern?

Fehlte es vor einem Jahr hauptsächlich an Fetten, Getreide und Zucker, so herrscht in diesem Frühjahr in der SBZ außer dem für diese Jahreszeit schon typischen Mangel an Butter, Milch und Gemüse ein besonders empfindlicher Mangel an Kartoffeln und Eiern. Daß die Kartoffeln knapp werden würden, hätte man sich nach der sehr schlechten Kartoffelernte des letzten Jahres eigentlich auch in Pankow denken können, aber die verantwortlichen „Staatsorgane“ waren nicht imstande, hier vorzubeugen — etwa durch Einfuhren. Man ließ es darauf ankommen und griff in letzter Not zu dem bei jedem staatlichen Versagen beliebten Mittel, den Mann auf der Straße, den „Normalverbraucher“ anzusprechen und um Hilfe zu bitten, wobei die Ablehnung einer solchen „Bitte“ in einem auf Zwang aufgebauten Staatswesen ein erhebliches Risiko bedeutet.

Wie in fast allen Orten der Zone wurde auch in einer Kleinstadt im Bezirk Potsdam ein Aufruf des „Ortsausschusses der Nationalen Front“ an alle Einwohner verteilt, der folgenden Wortlaut hatte: „Durch den strengen Frost, der in der ganzen Welt besonders auf dem Gebiet der Landwirtschaft große Schäden angerichtet hat, sind auch bei uns Schwierigkeiten in der Belieferung von Saatkartoffeln an die landwirtschaftlichen Betriebe entstanden. Um diese Schwierigkeiten zu überwinden, ruft

der Ortsausschuß ... alle Bürger unserer Stadt auf, durch Solidaritätsaktionen den landwirtschaftlichen Betrieben zu helfen, die fehlenden Saatkartoffeln zu beschaffen. Wir appellieren an alle Bürger, pro Kopf 1 kg Kartoffeln der BHG (Bäuerlichen Handelsgenossenschaft, d. Verf.) zur Verfügung zu stellen, damit diese die gesammelten Mengen gegen gute Saatkartoffeln eintauschen kann. Familien, welche noch in ausreichendem Maße Kartoffeln zur Verfügung haben, werden gebeten, nach eigenem Ermessen eine größere Menge abzugeben. Die Bezahlung der abgegebenen Menge erfolgt durch die BHG pro kg 0,12 DM. Die Annahme erfolgt in den Betrieben und Schulen sowie über die Wohnbezirksausschüsse der Nationalen Front. Ferner wird am 17. und 18. März eine Sammelaktion von Haus zu Haus durchgeführt. Beweist Eure Solidarität! Stadt und Land — Hand in Hand!“

Auf die Fragen der Bevölkerung, daß doch offensichtlich Saatgut vorhanden sei, da man ja die gesammelten Kartoffeln nicht aussäen, sondern nach dem Wortlaut des Aufrufes nur eintauschen wolle, wurde fast immer geantwortet, daß es wohl auch an Saatgut, aber vor allem an Kartoffeln für die Werkkuchenverpflegung in den Staatsbetrieben fehle. Pankow fürchtete also in erster Linie den hungrigen Magen seiner Arbeiterschaft.

Ende März, Anfang April erhielten außerdem alle Hühnerhalter Aufforderungen des Bürgermeisters, „im Interesse der Volksernährung“, da durch den starken Frost im Januar und Februar die Legetätigkeit der Hühner sehr zurückgegangen sei, wodurch die Aufkaufergebnisse nicht zufriedenstellend seien und eine planmäßige Versorgung der Bevölkerung mit Eiern bisher nicht immer gewährleistet gewesen sei, pro Huhn freiwillig drei Eier abzugeben.

Wir wissen nicht, welchen materiellen Erfolg diese Appelle an das Solidaritätsgefühl gehabt haben, auf das die Staatsorgane sich nur dann berufen, wenn sie Hilfe haben wollen. Einen psychologischen Effekt hatten sie bestimmt, allerdings in einem von dem Staat nicht gewünschten Sinne. Noch negativer dürften sich die Aufforderungen an die Bevölkerung auswirken, im Rahmen des sogenannten nationalen Aufbauwerkes sich mit Arbeitsleistung, Geld oder Sachspenden zu betätigen. So erhielten die Einwohner einer anderen Stadt kürzlich die Aufforderung, zur Verschönerung des Stadtbades und zur Errichtung einer Kulturstätte im Stadtpark mehrere Stunden Erdarbeiten abzuleisten. Im Verhinderungsfälle seien pro Stunde 3,— DM zu entrichten. Weil also Arbeitskräfte und öffentliche Gelder knapp sind, wendet man sich in bewährter Dreistigkeit an die Bevölkerung.

Gewiß handelt es sich bei diesen Beispielen aus dem Alltagsleben der SBZ nicht um weltbewegende Dinge, aber sie zeigen, daß dieses System nicht einmal mit solchen Kleinigkeiten fertig wird. Und das in einem Augenblick, wo *Ulbricht* mit lauter Stimme die großartigen Ziele des 2. Fünfjahresplanes beschwört und erneut von Wohlstand und Glück für alle faselt. Im Plänemachen kennt er keine Grenzen, und es lohnt sich eigentlich nicht, darauf näher einzugehen, aber diese Pläne werden das Leben der Bevölkerung Mitteldeutschlands in den nächsten Jahren bestimmen, und daher muß sich auch der Chronist mit ihrem Inhalt in großen Zügen befassen.

Die gesamte Industrieproduktion soll bis 1960 um mindestens 55 vH zunehmen — pro Jahr etwa um 9 vH —, davon die Erzeugung von Produktionsmitteln um über 60 vH und die von Konsumgütern nur um etwa 40 vH, was also eine weitere Verschiebung der Erzeugungsstruktur zuungunsten des Verbrauchers bedeutet. Das Wachstum der Industrieproduktion soll dabei zum weit überwiegenden Teil auf einer Verbesserung der Arbeitsproduktivität beruhen. Die Industrie der SBZ hat auf diesem Gebiet sicherlich noch allerhand Reserven; denn diese Reserven sind ja bisher u. a. durch die offiziell zugegebene schlechte Organisation des Arbeitsablaufes und der Materialversorgung sowie durch ungenügende Rationalisierung des Produktionsapparates, durch erhebliche Ausfall- und Stillstandszeiten als Reibungsverluste dieser Wirtschaftsordnung in Erscheinung getreten.

Mit der Beseitigung derartiger Mißstände allein ist es natürlich nicht getan. Die Industrieproduktion könnte ja auch durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze — also durch den Bau von Erzeugungsanlagen — gesteigert werden. Dies scheitert jedoch an der Tatsache, daß die Bevölkerung der SBZ seit Jahren ständig abnimmt und damit auch die Zahl der Arbeitskräfte. Von dieser Seite her sind also der Erweiterung der Industrieproduktion sehr enge Grenzen gezogen, selbst wenn man unterstellen wollte, daß die Fluchtbewegung aus Mitteldeutschland in den nächsten Jahren so weit zurückgehen sollte, daß sie nicht mehr den Geburtenüberschuß in der SBZ übersteigt, wie dies jetzt der Fall ist.

Im 2. Fünfjahrplan soll daher das Schwergewicht der für die Erweiterung der Produktion vorgesehenen Investitionen für den Ersatz veralteter Maschinenanlagen, für die Mechanisierung und Automatisierung verwendet werden, weil der Engpaß Arbeitskraft einfach dazu zwingt. *Ulbrichts* Andeutungen über die Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde täglich sind an so viele Voraussetzungen gebunden, die auch im 2. Fünfjahrplan noch nicht verwirklicht werden können, daß der Siebentendtag für die Arbeiterschaft der SBZ vor-

läufig eine Utopie darstellt, deren Realisierung aus rein propagandistischen Gründen erwähnt worden ist. Pankow spürt die Unruhe innerhalb der Arbeiterschaft, die aus dem sowjetzonalen Pressefeldzug für die Arbeitszeitverkürzung in Westdeutschland und der Notwendigkeit, in der SBZ selbst zu Sonderschichten und Mehrleistung aufzurufen, ständig neue Nahrung erhält.

Die geplanten Rationalisierungs-Investitionen stellen die Achillesferse des 2. Fünfjahrplanes dar. Außer 3,6 Md. DM für militärische Zwecke sollen rund 51 Md. DM insgesamt investiert werden. Davon soll die Industrie den Löwenanteil, nämlich 25 Md. DM erhalten, und zwar 22,4 Md. DM aus dem Staatshaushalt und von der Investitionsbank und 2,6 Md. D-Mark aus Krediten und aus Eigenfinanzierung.

Hierbei ergeben sich für die SBZ-Wirtschaft ein Finanz- und ein Materialproblem. Die Investitionskosten sind entgegen den offiziellen Absichten im 1. Fünfjahrplan nicht unerheblich gestiegen. Einschließlich dieser unerwünschten Preisbewegung kann der insgesamt in den Jahren 1951 bis 1955 investierte Betrag auf mindestens 30 Md. DM geschätzt werden. Der Aufbringung dieser Summe diene in erster Linie das sowjetzonale Steuer- und Preissystem mit seiner für den einzelnen drückenden Last. Wenn nun im 2. Fünfjahrplan noch erheblich mehr investiert werden soll, dann bedeutet das zugleich, daß weder die Steuern noch die Preise gesenkt werden können, und in der Tat ist im Gesetz über den 2. Fünfjahrplan von Preissenkungen im Konsumgüterbereich nichts zu lesen. Der Staat braucht also nach wie vor die unsozialste aller Steuerarten, die Verbrauchsteuer in der Form der sogenannten Haushaltsaufschläge und HO-Akzise, um die für die Investitionen erforderlichen Mittel zu gewinnen.

Selbst wenn ihm dies planmäßig gelingt, bleibt immer noch die Gefahr, daß eine weitere Erhöhung der Investitionskosten den effektiven Wert der zur Verfügung stehenden Gelder vermindert. Hier soll ein neuer Weg in der Investitionsfinanzierung helfen, indem in verstärktem Umfange — *Ulbricht* sprach von rund 15 vH der Rationalisierungs-Investitionen — die Investitionen mit Krediten finanziert werden sollen, wobei die Rückzahlungspflicht die Betriebe von vornherein zur sparsamen und plangerechten Verwendung der Kreditmittel zu zwingen hat. Nach den bisherigen Erfahrungen dürfte durch diese Neuerung keine wesentliche Bremswirkung auf das Ansteigen der Investitionskosten erzielt werden.

Mindestens genauso schwerwiegend und wahrscheinlich noch weniger lösbar als das Finanzproblem ist das Materialproblem. Nehmen wir einmal an, daß es Pankow gelingen sollte, die benötigten Investitionsmittel flüssig

zu machen. Sie sollen sich in neuen und besseren Maschinen für die gesamte Industrie, also in einer erheblichen Leistungssteigerung der Maschinenbauindustrie der SBZ niederschlagen. Die Bruttoproduktion des gesamten Maschinenbaus (einschl. Schiff- und Fahrzeugbau) sollte im 1. Fünfjahrplan um 114,8 vH zunehmen. Mit einem Zuwachs von 112,4 vH wurde dieses Ziel fast erreicht, wobei diese Prozentrechnung den Gesamtwert der Erzeugung ausdrückt und nichts über die Struktur aussagt. Im 2. Fünfjahrplan soll der Maschinenbau seine Leistung um insgesamt 75 vH steigern, und zwar fast vollständig auf Grund einer entsprechenden Erhöhung der Arbeitsproduktivität. Dazu bedarf es in erster Linie moderner Maschinen, und das Gesetz legt auch dementsprechend fest, daß die Investitionsmittel im Maschinenbau so zu verwenden sind, daß „1960 etwa 50 vH aller Werkzeugmaschinen . . . den für die Produktion erforderlichen optimalen Gütegrad (man spricht neuerdings in der SBZ-Presse hochtrabend immer vom Weltniveau, das man bereits erreicht habe oder in Kürze erreichen müsse, d. Verf.) bzw. eine Altersstufe bis zu fünf Jahren“ aufzuweisen haben.

Die Maschinenbauindustrie der SBZ soll also sich selbst modernisieren, wobei die Erzeugung im Werkzeugmaschinenbau um 124,6 vH und davon die von Automaten- und Halbautomaten-Maschinen um 660 vH, von Revolverdrehmaschinen um 205 vH und von Radialbohrmaschinen um 414 vH zunehmen soll; außerdem soll die gesamte Industrie mit neuen und besseren Maschinen ausgerüstet werden und schließlich soll — und hier verfängt sich die Planstrategie offensichtlich in ihrem eigenen Gestrüpp — im Außenhandel der SBZ der Maschinenexport noch weiter ausgedehnt werden. Selbst ein hoffnungsloser Optimist wird sich beim Vergleich der vorhandenen Kapazitäten im Maschinenbau mit den ihm gestellten Aufgaben eines skeptischen Gefühls nicht erwehren können.

Mit der Entgötzung Stalins ist auch manches andere über Bord geworfen worden, und es kann sehr wohl sein, daß das bisher sklavisch befolgte Dogma, daß in jedem Lande des Ostblocks zuerst die Schwerindustrie und darauf später aufbauend mit Verzögerung die Konsumgüterindustrien zu entwickeln seien, aus dem Grunde preisgegeben worden ist, was letztlich eine Anerkennung des bisher als kapitalistisch verabscheuten Prinzips der internationalen Arbeitsteilung — natürlich nur innerhalb des Ostblocks — bedeutet, weil man davon nicht zu Unrecht eine allgemeine bessere Ausnutzung der für jedes Land unterschiedlichen und spezifisch günstigsten Möglichkeiten erhoffte. Aber das macht die Überforderung des mitteldeutschen Maschinenbaues nicht realistischer. Die Planer haben selber gewisse Hinweise auf die schwachen Punkte ihrer Planung gegeben. So soll beim Maschinenbau der

spezifische Verbrauch von Walzstahl bis 1960 um mindestens 22 vH gesenkt und der Import von Walzstahl bis 1960 auf mehr als das Doppelte gegenüber 1955 erhöht werden.

Das sind doch sehr vage Pläne, auf deren Verwirklichung Pankow einen nur recht bescheidenen Einfluß hat. Aber offenbar will man gar nicht nur Walzstahl, sondern möglichst fertige Maschinenausrüstungen importieren, um den eigenen Maschinenbau zu entlasten? Gesehen den Fall, daß der westliche Weltmarkt für diesen Bedarf lieferfähig und vor allem lieferwillig wäre, dann ließe sich der Plan der SBZ aber doch nur dann realisieren, wenn sie mit entsprechenden Gegenlieferungen aufwarten könnte. Und das Schwergewicht dieser Lieferungen in das Ausland lag bisher und liegt auch künftig gerade beim Maschinenbau.*

Hinzu kommt, daß bei aller Anerkennung des seit 1950 ohne Zweifel in Sortiment und Qualität verbesserten mitteldeutschen Exportangebotes im Außenhandel immer wieder Pannen auftreten, die geeignet sind, den Exportkredit der SBZ und damit auch die in Westdeutschland mancherorts genährte Hoffnung zu erschüttern, daß der Export der SBZ einem später wiedervereinigten Deutschland in der Gewinnung und Behauptung von Absatzmärkten schon heute als ein guter Makler dienen könne.

So erhielten im Jahre 1952 viele Behörden der SBZ wider Erwarten neue Pkw der Marke EMW-Eisenach (früher BMW) zugeteilt. Die Ursache dieser ungewohnten Großzügigkeit war die Zurückweisung einer großen Exportsendung durch den Außenhandelspartner wegen der zu großen Mängel dieser Wagen. Später passierte dasselbe noch einmal, diesmal jedoch mit Wagen der IfA-Produktion (früher DKW). Und kürzlich konnte man in der türkischen Zeitung „Yeni Sabah“ lesen, daß die Chauffeure von Ankara eine Protestversammlung abgehalten und sich in wüsten Beschimpfungen über die aus der SBZ eingeführten Autos beschwert haben. Die Regierung habe hierfür Geld vergeudet; denn die Qualität der Lkw sei verheerend. Die Motoren streikten schon nach 800 km, mehrere bei einer Ladung von nur 2 Tonnen schon nach 1 km. Man habe nicht Lkw, sondern Schrott eingeführt. Das einzig Gute seien die Reifen, die allerdings aus Frankreich stammten.

Mit solchen Leistungen kann man im Außenhandel nicht werben. Die Staatliche Plankommission hat zur Frage der Verwendung von Exportwaren minderer Qualität kürzlich die folgende Anordnung getroffen: „In den allgemeinen Bedingungen für den Abschluß von Verträgen zwischen den Außenhandelsorganen und den Lieferbetrieben der DDR über Warenlieferungen für den Export... heißt es: Die Ware muß in handelsüblicher Exportqualität

geliefert werden. Das bedeutet, daß das Außenhandelsorgan die vom ausländischen Partner gewünschte Qualität von den Lieferbetrieben fordern kann. Der Lieferbetrieb darf nur die Menge für den Außenhandel vertraglich binden, die er auch in der vertraglich vereinbarten Qualität liefern kann. Für die erfahrungsgemäß bei der Produktion anfallende Menge minderer Qualität sind Verträge mit inländischen Abnehmern abzuschließen.“

Bisher wurde der 2. Fünfjahrplan in großen Zügen in seinem Investitionsgüterbereich behandelt und festgestellt, daß er gefährliche Klippen und Untiefen aufweist, die die Realisierbarkeit nicht nur dieser Planteile, sondern auch derjenigen, die sich mit dem Lebensstandard der Bevölkerung befassen, zum Teil erheblich in Frage stellen. Und dabei handelt es sich hier fast ausschließlich um Dinge, die vom Standpunkt des westdeutschen Normalverbrauchers aus gesehen Selbstverständlichkeiten sind.

Ulbricht nannte einen Katalog von Produktionswünschen, den er bis 1960 zu erfüllen hofft, bei dessen Studium man wirklich nur noch den Kopf schütteln kann, weil die Phrasen von den „Errungenschaften“ der SBZ so gar nicht zu diesem wie eine Fata Morgana anmutenden zukünftigen Produktionsprogramm passen. Er verlangte die Herstellung von Waren, die — wie er sagte — „es gegenwärtig bei uns ungenügend oder überhaupt nicht gibt, wofür aber starke Nachfrage besteht“, wie — man stelle sich vor — rostfreie und versilberte Bestecke, Haushaltsküchenmaschinen mit sechs bis acht Arbeitsgängen, ovale Wannen, poliertes Aluminiumgeschirr, Uhren mit automatischem Aufziehwerk, Fotoapparate mit eingebautem Belichtungsmesser, schöne und technisch vollkommene Leuchten und Lampen, verzinktes Eisengeschirr für die Landwirtschaft, ferner Milchtransportkannen, Siebe, Nägel, Schrauben, Kleineisenzeug und schließlich Motorroller, Hilfsmotorräder, Fahrradhilfsmotoren, Zelt- und Bootausrüstungen, mechanisches Spielzeug, bessere Erzeugnisse der Leder- und Textilindustrie usw.

Zur Herstellung dieser Waren sind in Westdeutschland keine Regierungserklärung und kein Fünfjahrplan nötig. Jedes einschlägige Fachgeschäft könnte sie sofort liefern.

Die Hausfrauen in Mitteldeutschland sollen mit Elektroherden mit Synchronschaltuhr und Infrarotgrill und Superkochplatte sowie mit kombinierten Vielfachgeräten für Staubsaugen, Bohnern, Parkettreinigen, Heißluftduschen, mit Teppichklopfmaschinen und Autostaubsaugern beglückt werden, und es ist nicht einmal möglich, von Staats wegen eine bindende Zusage über die Beseitigung der Rationierung von Lebensmitteln zu geben. Diese Zusage hätte natürlich nur propagandistischen Wert; denn

die im 1. Fünfjahrplangesetz für spätestens 1953 gegebene Zusicherung gleicher Art ist ja auch nicht erfüllt worden. Aber wie traurig muß es um die Lebensmittelversorgung tatsächlich bestellt sein, daß man diesmal vor einer solchen Zusage zurückschreckte? Ulbricht sagte lediglich: „Was die Frage der Aufhebung der Karten für Fleisch, Fett und Zucker betrifft (hierher gehören noch Milch und Milcherzeugnisse, Kartoffeln und Heizstoffe, d. Verf.), so sind wir überzeugt, daß es in der Zeit des 2. Fünfjahrplans gelingen wird, die notwendigen Reserven und andere Vorbedingungen zu schaffen, um auch diese Reste des Kartensystems aufheben zu können.“

Wer zwischen den Zeilen lesen kann, der weiß, daß auch noch 1960 nach Ulbrichts Absicht in Mitteldeutschland die im Herbst 1939 von den Nazis eingeführte Rationierung bestehen wird. In der SBZ gibt es heute schon Hunderttausende, ja Millionen, die ein Leben ohne diese gräßliche Kartenwirtschaft gar nicht kennengelernt haben.

In welchem kümmerlichem Tempo die Versorgung der Bevölkerung der SBZ im 2. Fünfjahrplan verbessert werden soll, sagen die im Plangesetz enthaltenen und die von Ulbricht genannten Zuwachsraten.

Ware	Zunahme der Versorgung i. Jahre 1955 (1950 = 100)	Geplante Zu- nahme der Versorgung für 1960 1955 = 100
Fleisch und Fleischwaren	221	117
Margarine	329	124
Fette insgesamt	211	118
Butter	171	—
Fisch u. Fischwaren	230	162
Eier	282	138
Weißzucker	122	109
Lederschuhe	269	121
Obertrikotagen	456	124
Untertrikotagen	221	110
Motorräder	6629	167

Die Versorgung ist auch im Jahre 1955 insgesamt noch so unzureichend gewesen, daß das für die Zeit bis 1960 geplante Wachstum, das erheblich geringer ist als das in den fünf Jahren vorher angeblich erreichte, fast wie eine Verhöhnung der Bevölkerung anmutet.

Nehmen wir aus der Fülle der Beispiele für den weiland von Ulbricht für das Jahr 1956 versprochenen „Wohlstand wie nie zuvor“ nur eines zur Beleuchtung der gegenwärtigen Situation heraus.

Die „Berliner Zeitung“ in Ost-Berlin druckte am 4. Mai 1956 folgenden Leserbrief ab: „Im Januar kaufte ich die Waschmaschine Combi. Wie sich herausstellte, braucht man, sofern die Stromzufuhr aus einer 2 x 220 V-Hochleitung

besteht, aus Sicherheitsgründen noch einen Herdschutzschalter 2 x 35 A. Ja, und da fing der Jammer an. Nachdem ich einige Fachgeschäfte in der Umgebung aufgesucht hatte und überall abschlägigen Bescheid erhielt, rief ich sämtliche Spezialverkaufsstellen der HO und noch 20 Privatgeschäfte an. Überall die Antwort: „Haben wir nicht!“. Die DHZ (Deutsche Handelszentrale) Elektrik erklärte mir, daß das Herstellerwerk geschlossen und die Produktion einem anderen Betrieb übertragen sei und früheste Lieferung etwa Ende des 3. Quartals erfolgen kann. Auf meine Anfrage beim Herstellerwerk erhielt ich keine Antwort . . . und so steht die teure Waschmaschine ungenutzt in der Ecke.“

*

Wie ein Damoklesschwert schwebt über den für den politischen und wirtschaftlichen Alltag der Zone verantwortlichen Funktionären die Ungewißheit, die seit der vernichtenden Kritik an Stalin die Zukunft der kommunistischen Führungskräfte bedrückt. Die Reinigung vom

Stalinismus nimmt in einzelnen Ländern — vor allem in Polen — Formen an, die darauf hindeuten, daß hierdurch Kräfte in Bewegung gesetzt worden sind, die mehr wollen als nur die Parole „Los von Stalin“. Da in der SBZ jedoch die offizielle Entstalinisierung eine glatte Farce darstellte, kommen zu den latenten innenpolitischen und seit der Entgötzung Stalins erheblich schärfer gewordenen Spannungen auch noch außenpolitische hinzu. Eine Diktatur, die Fehler eingestehen muß, hat als Diktatur ihren Höhepunkt überschritten. Es ist nicht notwendig, daß die Fehlerbekenntnisse aus dem Kreml im Ostblock zu einer ähnlichen Entwicklung führen müssen, wie wir sie in Mitteldeutschland im Juni 1953 erlebten, aber die Zeichen schrecken. Diese Erkenntnis spricht auch aus einer grundsätzlichen Wandlung in der Wirtschaftsplanung im Ostblock. Das starre Dogma verliert an Bedeutung und die ökonomischen Gegebenheiten finden zunehmende Beachtung.

Walter Meier